

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffletten und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Erpress-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London. Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Die Berliner Polizei

wendet unserm Blatte fortwährend ihre Aufmerksamkeit in nicht gewöhnlichem Maße zu.*)

Darum einige Worte in dieser Beziehung an unsere Partei!

Unsere Haltung im Allgemeinen sowohl wie in den einzelnen Tagesfragen bestimmt sich nach großen, umfassenden Gesichtspunkten und hieran wird die Berliner Polizei durch keinerlei Mittel, und wenn sie noch so unausgesetzt ihre Thätigkeit gegen uns richtet, etwas zu ändern vermögen. Wohl aber ist so viel richtig, daß wenn diese Dinge überhaupt eine Wirkung haben könnten, dieselbe nur darin zu bestehen vermöchte, daß wir zu noch entschiedenerer Opposition gegen das in Preußen herrschende System angestachelt würden.

Wir versichern bei dieser Gelegenheit unseren Freunden wiederholt, daß wir unter keinen Umständen unseren, von der Partei uns übertragene Posten hier in Berlin aufgeben werden, sondern, so lange das jetzige Recht in Preußen, wonach die Unterdrückung einer Zeitung unmöglich ist, noch besteht, unbeugsam, was auch immer kommen möge, auf unserm Posten verharren werden.

Dies schließt jedoch, wie schon früher bemerkt, durchaus nicht aus, daß wir für die Aufklärung der Unseren zugleich von Orten aus sorgen, welche dem Machtkreis der Berliner Polizei und des in Preußen herrschenden Systems gänzlich entzogen sind.

*) Was öffentlich geschieht, ist hinlänglich bekannt. Inwieweit wir aber zugleich Gegenstand der Aufmerksamkeit und Thätigkeit geheimer Polizei sind, davon können wir unsere Leser vielleicht demnächst des Näheren unterhalten.

Politischer Theil. Deutschland.

* Berlin, 8. September. [Die polizeiliche Ueberwachung] des Hauses, in welchem unser Blatt gedruckt wird, dauerte gestern ununterbrochen bis 5 Uhr fort. Der Vorgang versteht sich nicht, in der Straße einiges Aufsehen zu erregen. Heute machten sich, bis 2 Uhr, nur vereinzelte Spuren solcher Ueberwachung bemerkbar. (Siehe Nachschrift.)

[Der Rundschau der Kreuzzeitung] behandelt in dem gestern erschienenen letzten Theile seines Artikels: „Der Landtag von 1865“ — die Arbeiterfrage. Wir kommen hierauf zurück. Für heute begnügen wir uns damit, hervorzuheben, welche große Erregung unserere Agitation darin liegt, daß Niemand mehr einen größeren politischen Artikel allgemeineren Inhalts schreiben kann, ohne die Arbeiterfrage behandeln zu müssen. Es ist noch nicht lange her, daß dies anders war.

[Ueber schwierige Rechtsfälle und rechtswidrige Wählerereien] schreibt die „Berl. Reform“:

May, der bekanntlich in den Herzogthümern militärisch verhaftet und escortirt wurde, ist nach Perleberg abgeführt worden, um dort vor preussische Richter gestellt zu werden. Es ist gesetzliche Bestimmung, daß ein Preusse, welcher, eines im Auslande begangenen Verbrechens beschuldigt, ausgeliefert und dem an der betreffenden Grenze nächst gelegenen Gerichte zur Aburtheilung übergeben wird. Die Bestimmung ist hiernächst nicht ohne Schwierigkeiten auszuführen. Als vor längerem Jahren ein Preusse von Kairo aus unter der Aufsicht eines des betriebsreichen Bankrotts in sein Vaterland zurücktransportirt wurde, entstanden ernste Zweifel, wo die nächstgelegene Grenze zu finden sei. Man entschied sich endlich, nachdem der Transportat inzwischen dieser geographischen Frage seinerseits in gebührender Hast nachgegeben, für Rastow und ging hier an Constanzung des Sachverhalts. Dabei sprang ein zweiter Zweifel auf: was denn der betriebsreiche Bankrotts in den Egyptischen Strafgefangenen vorgelesen? Auch hier machte, bei direkter Nachfrage, der Kadi gut, was der Konful versicherte, er entschied, daß ein Geleß darüber im Lande der Pharaonen nicht existire, und so wurde der Gefangene friedlich entlassen. — Auch bei May muß man wohl auf den Vorfall eines Schleswig-Holsteinischen Geleßes sich stützen, wenn die Regierung, wie die „Prov. Corr.“ sich ausdrückt, „wegen gebärdiger, verbreechlicher Wählerereien gegen Preussisches Landesinteresse“ ihn verfolgt. Im Preussischen Strafgesetzbuch wenigstens finden wir von strafbaren Wählerereien nichts, als im §. 349 sub 2 die Androhung von Geldbuße bis zu 50 Thlrn. gegen jeden, der „unbefugt von öffentlichen oder Privatwegen Erde, Sand oder Rasen, oder aus Grundstücken, welche einem Anderen gehören, Erde, Lehm, Sand, Grind oder Mergel gräbt, plaggen oder Bälten haut, Rasen, Steine, Mineralien, zu deren Gewinnung es einer Verleihung, einer Concession oder einer Erlaubnis der Behörde nicht bedarf, oder ähnliche Materialien wegnimmt.“ — Der sollte das wohl auf May bezogen werden, vielleicht daß er im Verdachte stände, dem Preussischen Condominium im Lande Holstein den Stein Hyacinth, welcher nach des Plinius Versicherung den Besizer angenehm und wohlgefallen macht bei den Leuten, entwendet zu haben? Von „Wählererei“ in politischem Sinne weiß das Preussische Strafgesetzbuch nichts, das ist einfach ein Schwimporst im Parteienreite und es ist nicht wohl anzunehmen, daß das Regierungsblatt einen nun der Macht — und dem Schutze — des Preussischen Geleßes andeimgeworbenen Gefangenen vor dem Urtheilspruche beschimpfen werde.

[Der Sechshunddreißiger-Ausbruch] hat einen Aufruf erlassen, worin er unter scharfer Verurtheilung der Politik der österreichischen und preussischen Regierung alle gegenwärtigen Mitglieder deutscher Kammern dringend auffordert, auf der beabsichtigten Abgeordnetenversammlung, welche Sonntag, den 1. October, Vormittags 10 Uhr, zu Frankfurt a. M. abgehalten wird, zu erscheinen. (Eine vertrauliche Vorberathung findet schon den Tag vorher, Abends, statt.)

[Aus den Herzogthümern] theilt die „Kiel. Bzg.“ mit, daß vorgestern (am 6. d.) die Berathung von Mitgliedern der holsteinischen Stände in einem Privathause stattgefunden hat, nachdem auf Befehl der Regierung die Aula der Universität verschlossen worden. Erschienen waren 31 Abgeordnete aus dem Stande der Geistlichkeit, der Städte und der Bauern; aus dem Adelstande war Niemand erschienen. Die Versammlung beschloß, eine Eingabe an den Bund zu richten, die eine Wahrung der alten Landesrechte und einen Protest gegen die Zerstückelung der Herzogthümer enthalten und in welcher eine Berufung des Landtages verlangt werden soll. Die Versammlung konstatierte ihre Bereitwilligkeit, den Nationalforderungen*) zu genügen. — Dasselbe Blatt erzählt aus Rendsburg, daß May gestern nach Perleberg abgeführt worden ist.

(Der Börsenzeitung telegraphirt man: Die Versammlung der Ständemitglieder ist, auf telegraphisch eingelaufene Anweisung von höherem Orte, durch die hiesige Behörde untersagt worden. Daraus hat eine Privatbesprechung der Erschienenen stattgefunden.)

[Im mittelstaatlichen Lager] soll die lächerliche Triasidde (Theilung Deutschlands in Oesterreich, Preußen und das kleine Gestäl), wieder in einigen hinverrückten Köpfen spuken.

[Zum Gasteiner Vertrag] bemerkt die „Allg. Bzg.“ weiter:

Oesterreich hat lediglich damit Preußen keinen Machtzuwachs erhalte, dessen Februar-Forderungen beharrlich und bis ans Äußerste bekämpft und zurückgewiesen. Als Preußen sich sodann entschlossen zeigte, seine Forderungen mit bewaffneter Hand durchzusetzen, hat Oesterreich, um sein Zurückweichen zu maskiren, mehr gewährt als der Mithener gefordert hatte. Um die Form zu wahren, ist es unter allerlei Erinnerung an die Bundesverhältnisse gestanden.

* Wien, 5. Septbr. [Aus Mexico.] Sehr bedenklich für den „Kaiser“ gewordenen, Erzherzog lauten die dahier einlaufenden Privatnachrichten aus Mexico. Freilich, wenn man der Mehrzahl der hiesigen Blätter Glauben schenken dürfte, welche sämmtlich von dem hiesigen mexicanischen Militair-Bevollmächtigten mit Mittheilungen versehen werden, so stände es um die kaiserliche Sache brillant. Aber diese Angaben entsprechen nicht der Wahrheit. Selbst die Regierungsberichte müssen allerdings zugestehen, daß die Insurrektion mit großer Energie kämpft und namentlich in der letzteren Zeit einen nicht geahnten Aufschwung genommen hat. Das österreichische Corps hat eben so wie das belgische sehr schwere Verluste erlitten und ist bedeutend zusammengeschmolzen. Viele Offiziere haben ihre Demission gegeben und die polnische Legion ist in voller Auflösung begriffen. Wenn der Kaiser der Franzosen nicht irische Truppen schickt, so ist das Ende der kaiserlichen Herrschaft nur noch eine Frage der Zeit. Kaiser Maximilian soll tief ver-

*) Wie so „Nationalforderungen“? Solche kann nur die deutsche Nation, nicht aber irgend eine der circa 30 Regierungen in Deutschland erheben.

stimmt sein. — Wie mit der letzten Post aus New-York berichtet wird, wollte der Vertreter des Mexikanischen Kaiserthums in Washington dem Präsidenten ein nichtformelles Beileidschreiben wegen der Nordlatastrophe und eine Beglückwünschungsnote wegen der Siege der Union übergeben. Johnson lehnte aber die Entgegennahme dieser Kondolenz- und Gratulations-Kundgebung ab, weil die Vereinigten Staaten das Mexicanische Kaiserreich nicht anerkennen.

Beabsichtigte Ungarisirung Oesterreichs. Sehr bezeichnend für den Geist des neuen Ministeriums, welches, zunächst auf den ungarischen Adel gestützt, eine allgemeine Begünstigung des Adels durch ganz Oesterreich anstreben zu wollen scheint, ist ein Bericht der „Augsb. Allg. Ztg.“ Derselben wird von hier unterm Geftigen geschrieben:

Die Absicht des Grafen Belcredi, auch diesseits der Leytha eine der Comitats-Einrichtung entsprechende Institution zu schaffen, findet bereits ihren officiellen Ausdruck. Nicht bloß der bezügliche Plan, sondern auch der Bericht über die Art der Erziehung der diesseitigen Obergepanswärden soll bereits fertig sein, und wenn diese Bezirksvorstände auch gewählt werden sollen, so kann doch niemand, der die socialen Verhältnisse der kleineren Bezirke kennt, auch nur einen Augenblick daran zweifeln, daß die Wahl meist auf die adeligen Großgrundbesitzer fallen werde, deren vorwärtliche patrimoniale Machtspähre auf diese Weise wieder theilweise reconstituirt würde. Die Landtage der Länder diesseits der Leytha sollen noch im Laufe dieses Jahres einberufen, und bei der Verfassung-Revisionfrage zu Rath gezogen werden, bis zu welchem Zeitpunkt, wie man im Staatsministerium und der ungarischen Hofkanzlei glaubt, sich die Landtage jenseits der Leytha, vor welche die Staatsgrundgesetze vom 20. October und 26. Februar als Regierungs-Vorlagen werden gebracht werden, über diese ausgesprochen haben dürfen. So denkt sich der Herr Staatsminister die Verfassungsrevision im verfassungsmäßigen Weg. Daß die Stellung des Grafen Belcredi der eines Hofkanzlers der Länder diesseits der Leytha immer ähnlicher wird, geht aus mannichfachen Andeutungen hervor. Er cumulirt bis jetzt nicht nur die Aemter eines Ministerpräsidenten, Verwaltungs- und Staatsministers, Leiter des Unterrichtsressorts und Polizeiwesens, sondern beabsichtigt auch die Ernennung eines Handelsministers hinauszuweisen, und soll vorläufig wieder nur ein „Leiter des Handelsamtes“ ernannt werden.

Karlsruhe, 5. Septbr. [Wahlniederlage der Ultramontanen.] Von verschiedenen Theilen des Landes sind Nachrichten da, wonach die ultramontane Partei bei den Kreiswahlmännerwahlen unterlegen ist, darunter sogar aus Bruchsal, einem Lieblingsitz der Kasinopartei. Möglich ist, daß in den Kreisen Baden, Offenburg, Freiburg und in einigen Odenwaldgehenden, wo der Landmann ganz der Klerisei preisgegeben ist, die Ultramontanen einige Vorteile erlangen haben; bis jetzt sind hierüber noch keine Nachrichten da. In der Residenz war die Theilnahme der Wahlberechtigten sehr groß, zwischen 60 und 70 Procent, und doch soll die ultramontane Partei nach den bisherigen Ermittlungen in keinem Distrikt 10 Procent der Wahlstimmen auf ihre Seite gebracht haben.

Ausland.

* Paris, 6. Sept. [Tagesbericht.] Diesen Abend geht der Kaiser also von Fontainebleau nach Biarritz. In diesem Jahre wird das Hofgepränge glänzender als bei früheren Gelegenheiten werden, weil den spanischen Herrschaften an solchen vorläufiglichen Dingen das Herz hängt. Eine Abtheilung der Hundertgarden ging deshalb voraus. Die Zusammenkunft mit der spanischen Isabella findet am 9. in San Sebastian statt; dieselbe hat auch schon ein Pfand gegeben; sie wird in diesen Tagen den Marquis von Tagliacarne, den italienischen Gesandten, feierlich empfangen, damit ihr derselbe den Prinzen Amadeus officiell vorstellen kann, also den Sohn des im Kirchenbause befindlichen und als Tauspathe nicht zugelassenen Victor Emanuel. Der „Moniteur“ beschäftigt sich schon wieder in schmeicheltender Weise mit Persien in der Civilisation, als von den Fortschritten, die der französische Gesandte am Hofe des Schah macht, überzeugt. Der Glanz, der, einst in Border- und

Mittellasten den englischen Namen umgab, scheint verblichen; der Czar und der Kaiser der Franzosen sind die Größen, welche bei den asiatischen Halbbarbaren gefürchtet und bewundert sind. — Am Montage starben in Marseille 76 Personen, darunter 23 Kinder; als Cholera-Todesfälle werden 36, woran 4 bei Kindern, bezeichnet, unter den 14 Todesfällen in den Spitälern erfolgten 6 an der Cholera. — Morgen findet in Ostende eine Zusammenkunft der Königin von England mit dem König der Belgier statt.

London, 3. Sept. [Trades-Council. Internationale Arbeiter-Association. Arbeiter-Commission. Arbeiter-Angelegenheiten.] Das Londoner Trades-Council hielt sein sechstes jährliches Meeting am verflossenen Montag ab, um den Report gut zu heißen und die Neuwahl vorzunehmen. Der Report enthielt eine Censur gegen den Editor des „Bee-hive“, Herrn Potter, weil er während des großen Strike's der Eisenarbeiter, Meetings zu Gunsten der Arbeiter, welche von dem vom Trades-Council gebilligten Vermittlungsversuch des Lord Lichtfield nicht wissen wollten, veranstaltet hatte. Der Erfolg des Herrn Potter hat die Verleumdungen gegen denselben, deren ich in Nr. 79 des „Soc. Dem.“ Erwähnung gethan, hervorgerufen; Herr Odgers und Freunde haben nun selbst alle jene Verleumdungen in ihrem eigenen Report auf die unschuldige Handlung „ein Meeting auf eigene Faust veranstaltet zu haben“ reducirt. Es fehlte an groben, verletzenden Redensarten gegen Herrn Potter und den „Bee-hive“, auch bei dieser Gelegenheit nicht, welche Herr Potter jedoch seiner Antwort würdigte. Herr Potter gratulirte sich, das Trades-Council aus seiner Verbargie erweckt zu haben; er sagte: Das letzte Meeting des Council hielt man in einem förmlichen Nebenzimmer ab, in welchem eine kleine Anzahl bei geschlossener Thüre Rath hielt. Das gegenwärtige große Meeting — es waren bei 80 Delegirte gegenwärtig, welche jedoch nur etwa 30 Vereine vertraten, — sei hinlänglicher Beweis, daß die angefeindeten Meetings Gutes erzeugt hätten. Wo bliebe die Gerechtigkeit, dieselben zu verdammen? Durch jene Meetings wurde die Presse gezwungen, den Strike zu besprechen und auf diese Art wurde dem Anschluß der Eisenmeister der Todesstreich versetzt und eine der größten Combinationen, die Arbeiter zu unterjochen, vernichtet. Die Umstände machten einen Versuch unzulässig, schnelles Handeln that Noth. Er habe daher nur das gethan, was nach seiner Meinung zum Wohle seiner Mitmenschen gereiche; er habe nie einen Penny für seine Bemühungen erhalten; und statt der Censur wäre man dem Ordner jener Meetings Dank schuldig. Die Herren Odgers und Freunde, unter welchen sich, wie Sie aus Nr. 3 des „Soc. Dem.“ erleben können, auch einige Namen aus „Norddeutschland“ befinden, gehen mit der Absicht um, den „Bee-hive“ durch ein neues Arbeiter(?)-Organ, den herabgenommenen „Miner“, zu rümiciren. Der „Bee-hive“ sagt darüber: „Wenn das versprochene neue Arbeiterorgan ehrlich und anständig zu Werke geht, so wollen wir es mit Vergnügen als einen weiteren Advolaten für die industriellen Interessen begrüßen. Sollte es jedoch keine Laufbahn, wie Herr Odgers, mit groben Lügen und gebässigen Verleumdungen beginnen, so werden wir nicht zögern, es als einen eben so großen Nuisance (Unrath) zu denunciren, als der „Miner“ es in seiner Blüthe war. — Die internationale Arbeiter-Association wird statt des beabsichtigten Congresses in Brüssel am 28. September ein Meeting abgehalten, welches mit einem Banquet mit Thee und Gesang beginnt. Da der Arbeiter-Bildungsverein, nemlich Herr Marx und Freunde, mit einigen Mitgliedern des Trades-Council, Herrn Odgers und Cremer, die Seele und den Körper dieser sogenannten internationalen Arbeiter-Association ausmachen und da, wie ich in meinem letzten Schreiben schon erwähnt, deren Vaf vor Kurzem einen bessern Tenor in Amerika sucht, war der Singsänger Herr Kreis durch Herrn Cremer Namens der internationalen Arbeiter-Association beauftragt, die Gesangsvereine der Teutonia und der Eintracht mit einer Einladung zu beehren, welche mit Vergnügen angenommen wurde. Ob schon man den Namen „Arb.-Bild.-Verein“ bei

dieser Einladung vermied, ist nichtsdestoweniger diese Einladung als von demselben ausgehend zu betrachten, und es wäre wünschenswerth, daß der Arb.-Bild.-Verein, seinen groben Fehler einsehend, der Teutonia und der Eintracht die Hand zur Ausöhnung böte, welche Hand von Frau Klink und Franz, den bewährten Freunden unserer guten Sache, nicht zurückgestoßen würde, um das alte Brüderverhältniß zwischen den drei einzigen politischen Arbeiter-Vereinen Londons: Arbeiter-Bildungs-Verein, „Teutonia“ und „Eintracht“ wieder herzustellen. Herr Franz hat beim Schlusse der Sitzung den Wunsch ausgesprochen, daß man in Zukunft über die belehrenden Artikel des „Soc. Dem.“ debattiren könnte, welchem man allgemein beistimmte. — Es thut mir leid, daß Hr. Dr. Faucher bei der Arbeiter-Commission durch ein andres Mitglied ersetzt werden soll, denn Herr Faucher dürfte wegen seiner früheren Beziehung mit dem Freihandelsorgan, dem „Morning Star“, sehr geeignet sein, den deutschen Zöglingen jener Schule eine belehrende und den Arbeitern eine über dieselbe aufklärende Vorlesung zu halten. Er würde uns wohl sagen, daß die Freihändler, die Fabrikanten und Krämer, das Coalitionsrecht als ein nur ihnen gehörendes Eigenthumsrecht in Anspruch nehmen, daß also sie ihre Waaren gemeinschaftlich in alle Welt und um jeden ihnen anstehenden Preis verkaufen dürfen, daß aber der Staat zu Grunde ginge, wollte man dem Arbeiter die Freiheit einräumen, durch gemeinschaftliche Uebereinkunft seine Arbeitskraft wo er will und so theuer als möglich zu verkaufen? Dies ist nach meiner Ansicht das kürzeste Freihändler-Glaubensbekenntniß. Es sollte mich jedoch sehr freuen, wenn man so gütig sein wollte, mich eines Bessern zu belehren. Man kann den Leuten, welche durch eine von der preussischen Regierung einberufene sogenannte Arbeiter-Commission für die Sache der Arbeiter einen guten Erfolg erwarten, das nicht ganz verdenken, wenn man weiß, wie hier in England die Zehnstundendbill durch die Aristokratie gegen die Bourgeoisie zum Vortheile der Arbeiter durchgejagt worden ist. Die eigenthümliche Stellung der preussischen Regierung begünstigt diese Ansicht und falls unter der jetzigen Combination der Verhältnisse für den Arbeiter gegen die Arbeitgeber in Preußen etwas Esprizliches erzielt würde, so läßt sich daraus nur folgern, daß eine solche Begünstigung im Interesse der Regierung lag, ohne daß man den Arbeitern und ihren Führern den Vorwurf: „gemeinschaftliche Sache mit der Reaction gemacht gemacht zu haben“, auch nur mit einem Anschein von Gerechtigkeit machen könnte. Das Verhalten des „Social-Democrat“ ist auch in dieser Angelegenheit ein erfreuliches und man muß dem in Nr. 128 Gesagten vollkommen beistimmen. — Der Strike der vereinigten Flintglaschneider, welcher schon sechs Wochen dauert, läßt sein Ende noch nicht erwarten, es wurde die Zahl derselben von 205 auf 235 Mann gesteigert; von allen Seiten kommen Unterstufungen. Die Leicester Korbmacher wollen am 7. September ein Delegirten-Meeting abhalten, um für die Midland Counties eine Association zu gründen und den schon so lange dauernden Strike auf diese Art zu beendigen. — Am letzten Samstag hatten die Modellmacher ein Meeting, auf welchem beschlossen wurde, daß den Arbeitern, welche bei Hunsbrey entlassen wurden, weil sie sich an dieser Bewegung betheiligten, 1 Livr. pr. Woche ausbezahlt werde, bis sie andere Arbeit gefunden; ferner wurde beschlossen, daß die Arbeiter der Crith Eisenwerke das Anerbieten ihres Vormanns, 38 Sch. pr. Woche, anzunehmen und ihre Arbeit beginnen sollen; auch wurde der Antrag gestellt, daß man, falls die Meister nicht bald nachgeben, durch das Loos 30 Arbeiter aus den am meisten beschäftigten Werkstätten ausscheiden wolle, und daß man jedem so Ausgeschiedenen ebenfalls 1 Livr. pr. Woche geben solle. Dieser Antrag wurde der nächsten Versammlung überwiesen. In der Travisbrook-Baumwollfabrik wurden 700 Weber ausgesprochen, weil sie Einwendungen gegen das schlechte Arbeitsmaterial gemacht hatten. Die Eisenbergwerker des

*) Dies ist nicht geschehen; jedoch erschien Dr. Faucher nur in der letzten Sitzung, da er nicht früher zu Berlin anwesend war.

*) Ist inzwischen geschehen.